

Sehr geehrte Damen und Herren,

hier übersende ich Ihnen meine Antworten zu Ihren Fragen zur Veröffentlichung.

Frage 1: Lebensstandard im Alter sichern: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die gesetzliche Rentenversicherung wieder das ursprüngliche Ziel bekommt, den Lebensstandard im Alter zu sichern und dazu das Rentenniveau auf einen Stand anzuheben, wie er vor 1990 erreicht war?

Antwort: Teilweise. Jeden Tag sehe ich sie: eine alte Frau in München am Hauptbahnhof wühlt im Müllimer auf der Suche nach Pfandflaschen. Bei der Tafel jeden Donnerstag in meiner reichen Heimatstadt Starnberg stehen Frauen und Männer an, weil die Rente nicht reicht zum Leben. Die Rentenkommission der Grünen hat sich dem Thema des Sicherungsniveaus in der gesetzlichen Rente gesondert gewidmet. Den Abschlussbericht können Sie hier nachlesen:

https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/GRUENE_Abschlussbericht_Rentenkommission.pdf

Darin wird klar, dass die Legitimität und Akzeptanz der gesetzlichen Rentenversicherung nur dann gewahrt wird, wenn langfristig Versicherten keine Armut droht und wenn sich eigene Beiträge tatsächlich lohnen. Es muss gelingen, dass mit bzw. trotz langjähriger Beitragszahlung im Rentenalter keine Sozialhilfe droht und dass es möglich ist, den Lebensstandard jenseits der Armutsgrenze zu sichern. Nur dann wird der gesetzlichen Sozialversicherung langfristig Vertrauen geschenkt. Wir setzen daher auf eine starke gesetzliche Rentenversicherung mit einem angemessenen Rentenniveau und einer Garantierente. Auf dem letzten Parteitag der Grünen im November 2016 haben wir beschlossen, dass das heutige Rentenniveau nicht weiter fallen darf und soll:

http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/BDK_2016_Muenster/SO-01_Wir_investieren_in_Gerechtigkeit.pdf#page=20

Frage 2: Altersarmut verhindern: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass der Staat wirksame Maßnahmen ergreift, die Altersarmut verhindern?

Antwort: Die Grünen setzen sich schon seit langem für eine steuerfinanzierte Garantierente ein, die langfristig Versicherten eine Rente oberhalb des Grundsicherungsniveaus garantiert. Insbesondere auf die besondere Situation von Frauen, die meist den größeren Anteil bei Erziehung und Pflege leisten, und oft geringere Renten erzielen, wollen wir reagieren. Die Einzelheiten unseres Konzeptes finden Sie hier:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/134/1713493.pdf>

Frage 3: Erwerbstätigenversicherung: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die verschiedenen gesetzlichen Altersversorgungssysteme zu einer solidarischen Rentenversicherung zusammengefasst werden, in die alle Erwerbstätigen einzahlen?

Antwort: Soziale Sicherungssysteme müssen verlässlich, solidarisch und gerecht gestaltet werden. Ziel muss daher eine Bürgerversicherung in der Kranken- und Pflege- sowie der Rentenversicherung sein, in die alle Bürgerinnen und Bürger unter der Berücksichtigung aller Einkunftsarten einbezogen werden. So erreichen wir, dass sie gut abgesichert und versorgt sind und sich entsprechend ihrer Einkommen an der Finanzierung beteiligen können.

Frage 4: Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung stärken: Werden Sie sich dafür einsetzen, die finanzielle Basis der gesetzlichen Rentenversicherung zu stärken, indem z.B. sämtliche nicht beitragsgedeckte Leistungen aus Steuermitteln kompensiert werden und Förderungsbeträge zur privaten Rentenversicherung zukünftig zur Finanzstärkung der gRV umgeleitet werden?

Antwort: Teilweise. Die Rentenkommission der Grünen Partei hat beschlossen, die Einnahmesituation der Rentenkasse nachhaltig zu verbessern. Hierfür sind mehrere Maßnahmen notwendig, die wir auch aus gesellschaftspolitischen Gründen unterstützen. So muss sich z.B. der Bund stärker als bisher an den so genannten versicherungsfremden Leistungen der Rentenkasse beteiligen. Es kann nicht sein, dass gesamtgesellschaftliche Aufgaben wie die Mütterrente nur zu Lasten der gesetzlichen Rentenversicherung gehen. Außerdem gibt es Vorschläge und Anträge der Grünen, die vorsehen, dass es möglich wird zu jeder Zeit freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Säule zu entrichten, die dann entsprechend zur Riester-Förderung gefördert werden.

Frage 5: Rentenpolitische Fehler korrigieren: Werden Sie sich dafür einsetzen, fehlerhafte rentenpolitische Entscheidungen zu korrigieren, insbesondere: Riester-Rente, nachgelagerte Besteuerung (z.B. durch höhere Freibeträge), doppelte bzw. nachträgliche Verbeitragung in die Kranken-/Pflegeversicherung, Privatisierung der Berufsunfähigkeitsrente, Zwangsverrentung von Hartz-IV-Empfängern, die immer noch nicht erfolgte Gleichstellung von Ost- zu West-Renten?

Antwort: Teilweise. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, die Riester-Rente grundlegend zu reformieren und ein einfaches, kostengünstiges und sicheres Basisprodukt einzuführen, das als öffentlich verwaltetes Produkt neben die bereits bestehenden Vorsorgeangebote treten soll. Die öffentliche Förderung der privaten Altersvorsorge hat in der Vergangenheit zu Fehlallokationen zulasten der Geringverdiener*innen geführt. Bei der Frage der nachträglichen Verbeitragung in die Kranken-/Pflegeversicherung befinden wir uns derzeit in einem fraktionsinternen Abstimmungsprozess. Bei den Erwerbsminderungsrenten sehen wir deutlichen Nachbesserungsbedarf und fordern die Abschaffung der Abschläge, sofern der Zugang zur Erwerbsminderungsrente aus rein medizinischen Gründen erfolgte. Die Zwangsverrentung lehnen wir komplett ab. Bei der Renteneinheit sind wir die einzige Partei, die sofort eine komplette Vereinheitlichung zwischen Ost und West fordert.

Herzlichen Dank für Ihre Anfrage!

Mit freundlichen Grüßen,

Kerstin Täubner-Benicke

Am Mühleich 2

82319 Starnberg

Tel. 0151 12673730

www.kerstin-taebner.de